



**Niederschrift der Sitzung des Stadtrates
am Mittwoch, 12.12.2018 von 17:00 bis 19:42 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Marlies Preuth	CDU	
---------------------	-----	--

stellv. Vorsitzende/r

Herr Christoph Böhmann	CDU	
------------------------	-----	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Eike Baran	SPD	
Herr Sönke Baumdick	SPD	
Herr Frank Böckmann	CDU	
Herr Wilhelm Bohnstengel	SPD	
Frau Kerstin Bruns	CDU	
Frau Melanie Buhr	SPD	
Frau Heike de Buhr	SPD	
Frau Silke Diekhaus	CDU	
Herr Olaf Eilers	SPD	
Herr Stefan Fuhler	CDU	
Frau Renate Geuter	SPD	
Herr Thomas Höffmann	SPD	
Herr Bernhard Kramer	CDU	
Herr Karl-Heinz Krone	CDU	
Herr Dr. Matthias Lamping	CDU	
Herr Dennis Löschen	SPD	
Herr Hans Meyer	SPD	
Herr Christian Reiners	CDU	
Herr Jan-Gert Roter	CDU	
Herr Martin Roter	CDU	
Herr Hubert Schrand	SPD	
Herr Gerd Stratmann	CDU	
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	
Herr Andreas Taming	FDP	
Frau Pia van de Lageweg	SPD	
Frau Marianne von Garrel	CDU	
Herr Bernd Wichmann	CDU	

Verwaltung

Frau Annegret Brunemund-Rumker	Fachbereichsleiterin	
Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Herr Karsten Vahl	Kämmerer	
Herr Matthias Wolf	Bereichsleiter 1/10 - Zentrale Verwaltung	
Herr Frank Averbek	Protokollführer/in	

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jonas Bickschlag	CDU	entschuldigt
Herr Hans Langen	CDU	entschuldigt
Herr Heinz Lübbers	SPD	entschuldigt

Beratende Mitglieder

Sandra kleine Stüve	Gleichstellungsbeauftragte	
---------------------	----------------------------	--

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende Marlies Preuth eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Sie begrüßt die Mitglieder des Stadtrates, die Angehörigen der Verwaltung, die Bürger und die Vertreter der Münsterländischen Tageszeitung und der Nordwest-Zeitung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Preuth stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgt und die Versammlung beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Preuth erklärt, dass der TOP 11 (Stadtmarketing – Werbekonzept Eisenstadt) von der Tagesordnung zurückgestellt werden soll.

Frau Erste Stadträtin Hamjediers erläutert, dass dieser Tagesordnungspunkt schon im Verwaltungsausschuss auf der Tagesordnung stand. Zu diesem Zeitpunkt war die Einladung zu den Ratsmitgliedern für die Stadtratssitzung am 12.12.2018 aber schon verschickt. Die SPD-Fraktion wünschte sich in der Verwaltungsausschusssitzung am 05.12.2018 erstmal die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes. Frau Hamjediers stellt an die SPD-Fraktion gerichtet die Frage, ob der TOP 11 zurückgestellt oder ob dieser doch beraten werden soll.

Ratsfrau Geuter verweist auf die Diskussionen im Fachausschuss zum Thema „Stadtmarketing – Werbekonzept Eisenstadt“ und zu der von der Verwaltung in Auftrag gegebenen Studie zu diesem Thema. Die SPD-Fraktion sieht es demnach nicht als sinnvoll an zwei Maßnahmen parallel zu verfolgen. Wegen diesem Hintergrund möchte die SPD-Fraktion den TOP nicht zurücknehmen, denn die Fraktion sehe ihren Antrag trotzdem als sinnvoll an, sondern erstmal zurückzustellen bis ein Ergebnis der von der Verwaltung in Auftrag gegebenen Studie vorliegt, um das Ergebnis der Studie in die Diskussion einfließen zu lassen. Demnach würde die SPD-Fraktion es begrüßen den TOP 11 von der Tagesordnung zurückzustellen.

Ratsherr Krone beantragt die Nichtbefassung von TOP 10 „Antrag der SPD-Fraktion: erneute Abstimmung über den Neu/Anbau einer städtischen Kindertagesstätte und Krippe an der Thüler Str./Aquaferum“ gemäß § 8 der Geschäftsordnung.

Bereichsleiter Wolf schildert den formgerechten Vorgang, demnach müsse in die Tagesordnung eingetreten, der Tagesordnungspunkt aufgerufen und der Antragsteller die Chance zur Begründung ihres Antrages gegeben werden.

Ratsherr Krone moniert, dass das Verfahren in den Fachausschuss und in den Verwaltungsausschuss nicht angewendet wurde.

Ratsfrau Geuter wundert sich nicht über den Antrag der CDU/FDP-Fraktion über die Nichtbefassung von TOP 10. Anscheinend meide die Mehrheitsfraktion das Thema „wie der Teufel das Wasser“. Nichtsdestotrotz möchte die SPD-Fraktion die Chance zur Begründung ihres Antrages wahrnehmen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Zurückstellung des TOP 11 von der Tagesordnung der Stadtratssitzung am 12.12.2018.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil) am 12.09.2018

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (Öffentlicher Teil) vom 12.09.2018.

TOP 5 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt, insbeson-

dere über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bürgermeister Stratmann begrüßt die Anwesenden und die Gäste.

Der Bürgermeister informiert die Ratsmitglieder über die Beschlüsse, die im Verwaltungsausschuss getroffen wurden. Es sollen Flächen im Bereich der Schwaneburger Straße erworben werden um hier mittelfristig Wohnbauland zu schaffen. Des Weiteren wurde der Verwaltung der Auftrag erteilt, einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen, für die Entwicklung von Wohnbauflächen, an der Thüler Straße. Weiter wurde ein Beschluss gefasst zur Weiterentwicklung von Wohnbauflächen im Ortsteil Markhausen.

Im Bereich der Sportvereine wurde dem Sportverein Gehlenberg-Neuvrees ein Zuschuss gewährt für den Erwerb einer Wasserenteisungsanlage, dem SV Hansa Friesoythe für die Sanierung der Umkleidekabinen und des Sanitärtraktes und dem Tennisverein Friesoythe ebenfalls für die Sanierung der Umkleidekabinen und des Sanitärtraktes.

Außerdem wurden Bauunterhaltungsmaßnahmen beschlossen. Hierbei handelt es sich um die Dachsanierung bei der Marienschule, die Sanierung der Pausenhalle Grundschule Mittelsten-Thüle, die Herrichtung eines zweiten Chemieraums bei der Heinrich-von-Oytha-Schule und die Sanierung der Oberwohnung bei der Grundschule Gehlenberg.

Bürgermeister Stratmann ist erfreut darüber mitzuteilen, dass sich im Verwaltungsausschuss ein Kandidat für die Fachbereichsleitung 3 – Stadtentwicklung vorgestellt hat und dieser Vorschlag der Verwaltung einstimmig angenommen wurde. Herr Stratmann teilt mit, dass Herr Klaus Sandmann vom Bauamt des Landkreises Cloppenburg zeitnah zur Stadt Friesoythe wechseln wird.

Er informiert die Ratsmitglieder, dass der Bauantrag für die Erweiterung des Don-Bosco-Kindergartens gestellt und bei der Verwaltung eingereicht wurde, sodass hoffentlich schnellstmöglich mit der Maßnahme begonnen werden kann. Diesbezüglich wurde vom Stadtrat des Öfteren gefragt, wieso sich diese Maßnahme so lange hinzieht. Auf Nachfrage beim zuständigen Architekten wurde die Vermutung der Verwaltung bestätigt, dass nach Einreichung der Grundplanung noch Wünsche von Seiten des Kindergartens eingereicht und eingearbeitet wurden. Diese haben zu einer zwei bis drei monatigen Verzögerung geführt. Hinzu kam die erhebliche Kostensteigerung um die Hälfte der geplanten Kosten, die von den zuständigen Gremien genehmigt werden mussten und wurden.

Bezüglich der Bedarfsplanung der Stadt Friesoythe gibt es positive Neuigkeiten. Er erinnert an die Sitzung des Jugend-Sport- und Kulturausschusses im März 2018, in der die Fraktionen erklärten, dass die vorgestellte Bedarfsplanung im vollen Umfang mitgetragen wird und das insbesondere aufgrund der Vorgaben aus Hannover der Druck auf die Stadt Friesoythe steigt zusätzliche KiTa-Plätze zu schaffen. Bürgermeister Stratmann erinnert die Ratsmitglieder an die Diskussion mit dem Landkreis Cloppenburg inwiefern beim Landkreis Cloppenburg die Bedarfe eingeplant werden. Der Landkreis hatte sich zu diesem Zeitpunkt mit den Zahlen Stand 31.12.2017 befasst und aufgrund eines Wechsels im zuständigen Amt des Landkreises wurde dieses Thema wieder angefasst. Wie auch schon vom Ersten Kreisrat Herrn Ludger Frische im Mai mitgeteilt wurde, werden die ermittelten Bedarfszahlen aus den Kommunen vom Landkreis anerkannt. Die Kreisverwaltung hat bestätigt, dass die Bedarfszahlen der Stadt Friesoythe vollständig übernommen werden. In diesem Zusammenhang wurde Bürgermeister Stratmann vom Landkreis gefragt, ob das Berechnungsschema der Stadt Friesoythe vom Landkreis übernommen werden darf. Dieser Bitte ist der Bürgermeister gerne nachgekommen.

Des Weiteren kündigt Bürgermeister Stratmann an, eine Studie zum Thema „Eisenstadt“ oder Stadtmarketing allgemein in Auftrag zu geben. Dieses hat zwei Gründe. Zum einen möchte die Verwaltung dieses Thema kommunalrechtlich einwandfrei abarbeiten. Zum anderen hat die Verwaltung durch die Erweiterung und Fortschreibung des Einzelhandel-Entwicklungskonzeptes die Chance, dieses Thema parallel und professionell vorbereiten zu lassen.

Herr Bürgermeister Stratmann übergibt das Wort an den Bereichsleiter Wolf und bittet um eine kommunalrechtliche Stellungnahme zum Thema Eisenstadt.

In seiner Präsentation gibt Herr Wolf einen chronologischen Ablauf des Marketingkonzeptes „Eisenstadt Friesoythe“ wieder. Dabei stellt sich folgende Frage: Wer entscheidet über die Ausrichtung einer Kommune? Gemäß § 58 I NKomVG beschließt ausschließlich die Vertretung über die grundlegenden Ziele der Entwicklung der Kommune. Anschließend erläutert Bereichsleiter Wolf die Tatbestandsmerkmale des oben genannten Paragraphen. In seinem Fazit fasst Bereichsleiter Wolf zusammen, dass für die Festlegung des städtischen Entwicklungsziels „Eisenstadt“ der Rat zuständig ist, da aber kein Ratsbeschluss gefasst wurde, ist das Entwicklungsziel „Eisenstadt“ offiziell nicht erklärt worden. Außerdem sind konzeptionelle Fragen zur Themenentwicklung „Eisenstadt“ ungeklärt, diese könnten aber aus dem Beschlusstenor eines etwaigen Ratsbeschlusses entwickelt werden.

Bürgermeister Stratmann bedankt sich bei Herrn Wolf für seine Ausführungen und stellt klar, wie wichtig eine gut vorbereitete Beschlussvorlage ist.

Bürgermeister Stratmann informiert die Ratsmitglieder über den aktuellen Stand der Baumaßnahme Stadtsanierung und den Sachstand über die Grundstückseinkäufe für die Entlastungsstraße. Hier wurde ein Großteil der Flächen erworben und Herr Stratmann hofft, dass mit den Eigentümern der Restflächen Anfang 2019 Einigung erzielt werden kann.

Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit und übergibt das Wort an die Ratsvorsitzende Preuth.

Ratsherr Böckmann bittet um einen zeitnahen Ratsbeschluss bezüglich des Marketingkonzeptes „Eisenstadt“ und verweist auf die Beschlüsse aus dem Jahr 2012, die in dem Verwaltungsausschuss und den Fachausschüssen getroffen wurden. Ihm sei in den letzten Tagen ein Schreiben zugegangen, in dem der Handels- und Gewerbeverein und der Aktionskreis Friesoythe ihre Mitarbeit in einem Arbeitskreis anbieten. Es wäre wünschenswert, wenn dieses Thema bei der nächsten Stadtratssitzung als Tagesordnungspunkt beraten werden könnte.

Ratsfrau Geuter widerspricht ihrem Vorredner. Es wurde für das Marketingkonzept „Eisenstadt“ niemals einen Beschluss getroffen. Die Ratsmitglieder und die Bürger haben von der Einführung des Marketingkonzeptes am 30.04.2010 aus der örtlichen Presse erfahren. Die SPD-Fraktion war mit dem Zustand nicht einverstanden und hat im Jahr 2012 einen Antrag gestellt, der sich mit dem Thema beschäftigt. Sie erinnert daran, dass ein eigener Titel „Eisenstadt“ in den Haushaltsplänen nicht existierte und dieses Thema unter dem Titel „Werbung“ zu finden war. Die Finanzierung erfolgte über außer- und überplanmäßige Inanspruchnahme von Mitteln. Nichtsdestotrotz begrüßt sie, dass über das Thema gesprochen wird.

Erste Stadträtin Hamjediers erinnert, dass es sich hierbei zwar um einen Verwaltungsausschussbeschluss handelt, die Verwaltung dieses Thema aber gerne über den zuständigen Fachausschuss im Stadtrat beraten lassen möchte.

Ratsherr Baumdick geht auf die Bedarfsplanung ein. Er moniert, dass die Beschlüsse zu der Bedarfsplanung und die vom Landkreis anerkannten Bedarfzahlen mit der öffentlichen Diskussion nicht konform laufen, da die Mehrheitsfraktion alle wichtigen Beschlüsse diesbezüglich abblockt bzw. verhindert. Ratsherr Baumdick fühlt sich momentan etwas ratlos was die weiteren politischen Entwicklungen der Stadt Friesoythe angeht.

TOP 6 Mitteilungen des Bürgermeisters, insbesondere Mitteilung zur Finanzlage der Stadt

Der Bürgermeister verweist auf den TOP 19. Er werde seine Ausführungen zur Finanzlage der Stadt im Rahmen der Haushaltsberatung vortragen.

TOP 7 Förderung von Musik- und Gesangvereinen Vorlage: BV/216/2018

Ratsherr Krone beklagt, dass die geänderten Beschlussvorschläge in den Ratsunterlagen nicht vorhanden sind. Er fragt, ob dieses nicht geändert werden kann.

Frau Erste Stadträtin Hamjediers bestätigt Herrn Krone und sagt, dass ihr das bekannt sei, sie halte es auch für besser wenn die geänderten Beschlussvorschläge im Ratsinformationssystem direkt einfließen würden. Leider ist dies technisch nicht möglich. Die Verwaltung werde aber weiter nach einer Lösung suchen.

Frau Geuter befürwortet den Beschluss und verweist auf die vorhandenen Schwierigkeiten der einzelnen Gesangsvereine. Für die Planungssicherheit der Vereine wäre der Beschluss wichtig und man sollte die Auswirkungen des Beschlusses für die Vereine in den nächsten Jahren beobachten.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Stadt Friesoythe fördert das Engagement der Musik- und Gesangsvereine im Stadtgebiet entsprechend anliegender Richtlinie, die hiermit beschlossen wird. Es wird eine Projektförderung in die Richtlinie aufgenommen. Dabei können Vereine für Veranstaltungen, die eine überregionale Wirkung entfalten, auf Antrag einen Defizitausgleich in Höhe von bis zu 2.000,00 € zusätzlich zur Grundförderung erhalten. Die Richtlinie gilt ab dem Haushaltsjahr 2019.

TOP 8 Außerplanmäßige Auszahlung für die Anschaffung eines interaktiven Boards für die Grundschule Kampe
Vorlage: BV/329/2018

Ratsfrau Geuter befürwortet den Beschluss, da die Grundschule Kampe die Mittel an anderer Stelle wieder einspart und besonders vorbildlich und wirtschaftlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgeht.

Frau Erste Stadträtin Hamjediers erklärt, dass Sie angesprochen wurde, ob nicht auch ein Leasing-Verfahren in Betracht kommen könnte. Nach Recherche diesbezüglich wurde erkannt, dass ein Leasing-Verfahren zur Beschaffung der Maßnahme nicht günstiger sei als der Erwerb. Trotzdem werde Sie auch zukünftig bei derartigen Maßnahmen das Leasing-Verfahren mit berücksichtigen. Die Grundschulen werden angehalten zukünftig diese Maßnahme der Finanzierung auch zu beachten.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 7.588,51 € für die Anschaffung eines interaktiven Boards für die Grundschule Kampe wird gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

TOP 9 Außerplanmäßige Auszahlung für Sanierungsmaßnahmen nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz
Vorlage: BV/275/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die außerplanmäßigen Auszahlungen für die Fußbodensanierung der Realschule (Gebäude II) in Höhe von 50.000,00 €, für die Flachdachsanieung der Realschule (Gebäude I) in Höhe von 140.000,00 € und für die Sanierung der Heinrich-von-Oytha-Schule in Höhe von 60.000,00 € werden gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

TOP 10 Antrag der SPD-Fraktion: erneute Abstimmung über den Neu/Anbau einer städtischen Kindertagesstätte und Krippe an der Thüler Str./Aquaferum
Vorlage: BV/320/2018

Ratsherr Krone beantragt, die Nichtbefassung des TOP 10 „Antrag der SPD-Fraktion: erneute Abstimmung über den Neu/Anbau einer städtischen Kindertagesstätte und Krippe an der Thüler Straße/Aquaferum“ gemäß § 8 der Geschäftsordnung.

Ratsfrau Geuter erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Sie verweist auf die Bedarfszahlen, die seitens der Verwaltung im März des Jahres vorgestellt wurden und ist der Meinung, dass sich diese Zahl seither vermutlich erhöht hat. Dieses wird sich am Jahresanfang 2019 - nachdem das Anmeldeergebnis vorliegt - sicherlich wieder spiegeln. Außerdem wurde im März beschlossen, dass drei Maßnahmen auf den Weg gebracht werden sollen, um der Bedarfssituation gerecht zu werden. Hierbei handelte es sich um den Caritas-Kindergarten, den Anbau beim Don-Bosco-Kindergarten und die kommunale Kindertagesstätte. Diese Maßnahmen sollen im Hinblick auf den Haushalt kostengünstig realisiert werden. In diesem Zusammenhang wurde im Laufe des Jahres über mögliche Standorte für den kommunalen Kindergarten gesprochen. Für die SPD-Fraktion ist der Anbau einer städtischen Kindertagesstätte und Krippe an der Thüler Straße/Aquaferum die 1A-Lösung. Dieses wird aber von der Mehrheitsfraktion nicht akzeptiert. Dafür wurde der Verwaltung der Auftrag erteilt, die Planung für den Neubau einer Kindertagesstätte am Standort Burgwiese aufzunehmen. Die SPD-Fraktion hält es nicht für angemessen, der Verwaltung den Auftrag für einen Standort zu erteilen, den die CDU/FDP-Fraktion öffentlich für den falschen Standort hält.

Des Weiteren bezieht sich Frau Geuter auf die Bürgerversammlung. Hier wurde intensiv und konstruktiv über die möglichen Standorte für den kommunalen Kindergarten diskutiert. Bei dieser Bürgerversammlung wurde verdeutlicht, dass die Bürger den Standort Aquaferum favorisieren. Dieses wurde durch die Umfrage einer örtlichen Zeitung nochmal bestätigt.

Ein weiterer Punkt für den Standort ist die finanzielle Situation der WiBeF. Sie kritisiert die Mehrheitsfraktion für ihren Standpunkt. Die CDU/FDP-Fraktion möchte zuallererst die Attraktivität des Aquaferums steigern. Ihres Erachtens wäre es aber sinnvoll erstmal die WiBeF finanziell und wirtschaftlich in eine Ausgangslage zu geleiten, die die Steigerung der Attraktivität des Aquaferums erst möglich macht.

Schlussendlich bräuchten die Eltern, die ihre Kinder vorübergehend in andere Einrichtungen untergebracht haben, Planungssicherheit für die nächsten Jahre. Diesbezüglich verweist sie auf die nachweislich hohe Lebensqualität der Stadt Oldenburg, die wesentlich durch das umfassende Angebot von Kindergärten und Krippenplätzen entstanden ist. Dieses würde auch die Attraktivität der Stadt Friesoythe steigern. Abschließend wünscht sich Ratsfrau Geuter eine zeitnahe Entscheidung, im Interesse der Eltern.

Ratsfrau Diekhaus erinnert an die Jugend-Sport-Kultur- und Freizeit- Ausschusssitzung vom 17.10.2018. In dieser Sitzung wurde der Tagesordnungspunkt „Standort für den Neubau einer Kindertagesstätte“ thematisiert. Die Verwaltung hat damals die Standorte analysiert und mithilfe einer Entscheidungsmatrix die Reihenfolge der Standorte festgelegt. Demnach wäre der Soestenplatz der geeignetste Standort. Die SPD-Fraktion hat sich damals klar positioniert und sich für den Soestenplatz ausgesprochen. Der Beschluss in der Sitzung lautete dementsprechend, der Vorlage zu folgen und den Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Soestenplatz zu planen. In dem Bericht der Nordwest-Zeitung vom 26.10.2018 war zu lesen, dass auch im Verwaltungsausschuss mit vier Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und vier Enthaltungen der Vorlage zugestimmt wurde und somit mit den Planungen für den Standort Soestenplatz begonnen werden konnte. Demnach hat die Verwaltung somit einen Auftrag, den Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Soestenplatz zu planen.

Frau Diekhaus betont, dass dieser Auftrag an die Verwaltung auch in Zustimmung der SPD-Fraktion erteilt wurde. Ihres Erachtens kann man daher nicht von einer Blockadepolitik der Mehrheitsfraktion sprechen. Der Unmut bei den Bürgern wurde demnach durch den Antrag der SPD-Fraktion hervorgerufen, so ihre Einschätzung.

Des Weiteren war in dem Zeitungsartikel zu lesen, dass Bürgermeister Stratmann heute oder eventuell in einer außerplanmäßigen Sitzung den aktuellen Stand der Planungen vorstellt.

Außerdem bezweifelt Frau Diekhaus die Aussagekraft der Zeitungsumfrage zum Standort Aquaferum. Ihrer Ansicht nach sind 300 Befragte für eine 20.000-Einwohner-Kommune nicht repräsentativ.

Mit 15 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen wird der Tagesordnungspunkt ohne Beratung zurückgestellt.

TOP 11 Stadtmarketing - Werbekonzept Eisenstadt
Vorlage: BV/285/2018

In TOP 3 wurde von dem Stadtrat einstimmig beschlossen, dass der TOP 11 - Stadtmarketing – Werbekonzept Eisenstadt von der Tagesordnung zurückgestellt wird.

TOP 12 Benutzungs- und Gebührensatzung für die Inanspruchnahme von Unterkünften von Asylbewerbern, Obdachlosen und anderen Personen
Vorlage: BV/297/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Friesoythe für die Inanspruchnahme von Unterkünften von Asylbewerbern, Obdachlosen und anderen Personen wird in anliegender Fassung beschlossen.

TOP 13 Rufbussystem im Landkreis Cloppenburg - Beteiligung der Stadt Friesoythe
Vorlage: BV/303/2018

Ratsherr Tameling befürwortet die Maßnahme und erinnert in diesem Zusammenhang an die Diskussionen in der interfraktionellen Sitzung am Anfang des Jahres. Des Weiteren kritisiert er die Presse über die bis jetzt überschaubare Berichterstattung zu diesem Thema. Seines Erachtens wäre es schade, wenn dieses Projekt nicht zustande kommen würde und appelliert an die Kreistagsabgeordneten der Stadt Friesoythe in den Kreistagssitzungen dementsprechend auch dafür einzustehen. Ratsherr Tameling bedauert, dass die Finanzierung der Maßnahme nicht vom Landkreis Cloppenburg getragen wird.

Ratsfrau Geuter stimmt ihrem Vorredner zu. Die Ausführungen von Herrn Tameling stimmen mit den Vorstellungen der SPD-Fraktion zu diesem Thema überein. Der Stadtrat sollte zu einer erfolgreichen Erprobungsphase beitragen, so dass man nach Ende der Pilotphase zu der Erkenntnis kommt, dass sich diese Maßnahme bewährt hat und dementsprechend fest eingeführt und sogar auf den Wochenenden ausgebaut wird. Dieses Ziel forciert die SPD-Fraktion mit Nachdruck. Außerdem ist es wichtig, die Bürger von dieser Maßnahme zu überzeugen. Gerade die Bürger die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, werde durch diese Maßnahme ein Stück Lebensqualität zurückgegeben.

Ratsherr Meyer sieht die Maßnahme - was den öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Cloppenburg angeht - als Quantensprung an. Er versteht auch den Wunsch nach Erweiterung des Rufbussystems auf das Wochenende, verweist aber auf die politische Diskussion im Kreistag bezüglich der Maßnahme.

Bürgermeister Stratmann erklärt, dass es den Bürgermeistern der Kommunen des Landkreises wichtig ist, dass alle Kommunen die verbindliche Finanzierungsbeteiligung beschließen. Ansonsten wäre die Kostenbeteiligung für manche Kommunen so hoch, das sie sich ein Rufbussystem in der zweijährigen Pilotphase gar nicht leisten könnten. Vor diesem Hintergrund wurde das Pilotprojekt nicht auf die Abendstunden und auf die Wochenenden ausgeweitet. Der Bürgermeister bemängelt, an die Kreistagsabgeordneten gerichtet, dass der Landkreis als Projektträger normalerweise auch die Kosten zu tragen hat. Gerade auch im Hinblick auf die positive finanzielle Situation des Landkreises Cloppenburg sei dies wünschenswert. Nichtsdestotrotz befürwortet er die Maßnahme, denn gerade für die Stadt Friesoythe ist diese Maßnahme sehr positiv. Die Stadt Friesoythe ist die einzige Kommune, die zwei Rufbusse bekommt. Gerade in der Zeit des demographischen Wandels, in der nicht in jedem Ortsteil zum Beispiel eine ärztliche Versorgung stattfindet, wird diese

durch das Rufbussystem sichergestellt, sodass dann jeder Bürger mehrmals täglich das Stadtzentrum bzw. andere Ortsteile erreichen kann.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Einführung des neuen Rufbussystems im Landkreis Cloppenburg und der damit verbundenen Einführung des Stadt-Busses in der Stadt Friesoythe für eine Laufzeit von zwei Jahren wird unter der Voraussetzung zugestimmt, dass alle Kommunen des Landkreises Cloppenburg die Finanzierungsbeteiligung verbindlich beschließen.

Nach Abschluss und Auswertung der Pilotphase hat der Rat der Stadt Friesoythe über eine mögliche über den Testzeitraum hinausgehende Finanzierungsbeteiligung erneut zu entscheiden. Dafür wird die Stadt Friesoythe rechtzeitig vor Verlängerung der Projektphase umfassend vom Landkreis Cloppenburg über die Ergebnisse der Erprobungsphase informiert.

Die in dieser Vorlage aufgeführten Unterstützungsleistungen für das neue Rufbussystem werden von der Stadt Friesoythe positiv begleitet.

**TOP 14 Durchführung des Sozialgesetzbuches XII, Asylbewerberleistungsgesetz, Bildungspaket – Heranziehungsvereinbarungen mit dem Landkreis Cloppenburg
Vorlage: BV/333/2018**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Mit dem Landkreis Cloppenburg werden die Heranziehungsvereinbarungen zur Durchführung des Sozialgesetzbuches XII, des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie des Bildungspaketes in den in der Anlage beigefügten Fassungen abgeschlossen.

**TOP 15 Vorstellung der Planung zum verkehrsberuhigten Endausbau der Spiekerooger Straße in Friesoythe
Vorlage: BV/221/2018**

Ratsherr Böckmann erklärt, dass durch den Endausbau der Spiekerooger Straße das Baugebiet „Am Galgenberg“ schon relativ weit fortgeschritten ist. Des Weiteren verweist er auf den Zuwachs durch das Baugebiet „Mückenkamp“. Den Planungen des Baugebietes „Mückenkamp“ hat er entnommen, dass hier ein Radweg in Richtung „Hinter der Burgwiese“ existiert. Ratsherr Böckmann erläutert, dass die CDU/FDP-Fraktion in der Vergangenheit zweimal die Anbindung des Baugebietes „Am Galgenberg“ bezüglich sicherer Überquerung und der Verbesserung der Verkehrssituation „Wangerooger Straße/Thüler Straße“ beantragt hat. Ratsherr Böckmann kündigt dementsprechend den erneuten Antrag der CDU/FDP-Fraktion an, der dann vielleicht auch den Endausbau der Straße „Hinter der Burgwiese“ im vorderen Bereich und die Beleuchtung in hinteren Bereich mit einbezieht. Seiner Ansicht nach ist die momentane verkehrliche Situation in diesem Bereich nicht weiter tragbar.

Frau Erste Stadträtin Hamjediers befürwortet die Aussagen des Ratsherrn Böckmann. Sie erklärt, dass diesbezüglich schon Gespräche mit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr stattgefunden haben. Diese Gespräche stellten sich als schwierig dar, denn seitens der Landesbehörde wurden nach deren Einschätzung unüberwindbare Gründe gegen eine Anbindung aufgeführt. Trotzdem werde die Verwaltung diese Maßnahme weiter verfolgen und hofft auf politische Unterstützung.

Bürgermeister Stratmann erläutert die Gespräche mit der Fachbehörde. Es wurden vor geraumer Zeit drei Vorschläge unterbreitet: Den Bau einer Brücke, eines Tunnels oder einer Vollkreuzung. Gerade der Bau einer Vollkreuzung wird von der Fachbehörde sehr kritisch gesehen, denn nach Beendigung der Baumaßnahmen für die Umgehungsstraße wird mit erhöhten Verkehrsaufkommen

im Bereich der Auf- und Ausfahrt zur B72 zu rechnen sein. Dies wiederum würde bei einer Vollkreuzung mit Fußgängerampel zu einem Rückstau auf die B72 führen. Sollte dies der Fall sein, würde der Bau einer Vollkreuzung nicht genehmigt werden und die Verwaltung müsste andere Möglichkeiten in Betracht ziehen.

Bürgermeister Stratmann befürwortet die Erweiterung der Beleuchtung auf dem Fußgängerweg Hinter der Burgwiese in Richtung Aquaferrum/Thüler Straße.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der vorgestellten Planung zum verkehrsberuhigten Endausbau der Spiekerooger Straße in Friesoythe wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die o. g. Maßnahme öffentlich auszu-schreiben.

**TOP 16 Vorstellung der Entwurfsplanung zur Neugestaltung des Schützenplatzes in Neuvrees
Vorlage: BV/294/2018**

Ratsfrau Bruns begrüßt die Maßnahme, gerade auch im Hinblick auf den Zeitpunkt des Neuvree-er Schützenfestes.

Ratsfrau Geuter verweist auf die gute Beteiligung der Dorfgemeinschaft und begrüßt dementspre-chend einen positiven Beschluss.

Bürgermeister Stratmann schließt sich den Worten seiner Vorredner an und befürwortet die Maß-nahme. Diese Maßnahme (der Vorschlag der Verwaltung) könnte man schon als „Vorausmaß-nahme“ zur sozialen Dorfentwicklung sehen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Entwurfsplanung zur Neugestaltung des Schützenplatzes in Neuvrees wird beschlossen. Der Platz wird entsprechend dem dargestellten Entwurf befestigt.

Dem Schützenverein Neuvrees wird Material bis zu einem Wert in Höhe von 75.000,00 EURO zur Verfügung gestellt.

Der Rat wird gebeten, entsprechende Haushaltsmittel in den Haushalt 2019 aufzunehmen.

**TOP 17 Festsetzung der Abwassergebühr für die zentrale Schmutz- und Niederschlags-wasserbeseitigung sowie Erlass einer 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwas-serbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) der Stadt Friesoythe
Vorlage: BV/292/2018**

Ratsherr Krone zeigt sich glücklich darüber, dass die Kläranlage sich im städtischen Besitz befin-det und nicht in der Vergangenheit verkauft wurde.

Ratsfrau Geuter stimmt Herrn Krone zu und verweist auf andere Kommunen, die ihre Kläranlagen verkauft hatten.

Bürgermeister Stratmann erklärt, dass zum Beispiel der C-Port an eine nicht kommunale Kläranla-ge angeschlossen ist und diese nicht unbedingt der neuesten Technik entspreche. Die Kläranlage der Stadt Friesoythe wurde wiederum in der Vergangenheit auf den neuesten technischen Stand modernisiert, sodass die Stadt in diesem Bereich für die nächsten Jahre gut aufgestellt ist. Außer-dem kommt das dem Bürger zugute, was die moderaten Gebührensätze zeigen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der vom Büro Schneider und Zajontz, Heilbronn, erstellten Gebührenkalkulation für die zentrale öffentliche Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung des Jahres 2019 (Stand: Oktober 2018) in der Stadt Friesoythe wird zugestimmt.
2. Die Gebührensätze werden für das Jahr 2019 wie folgt festgelegt:

Niederschlagswasserbeseitigung	0,25 €/m ² (unverändert)
Schmutzwasserbeseitigung	2,64 €/m ³
3. Die als Anlage beigefügte 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) der Stadt Friesoythe wird beschlossen.

TOP 18 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Friesoythe
Vorlage: BV/328/2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die im Entwurf beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Friesoythe vom 06.12.2017 wird hiermit beschlossen.

Die Straßenreinigungsgebühr wird ab dem Jahr 2019 von 0,69 € auf 0,86 € je Frontmeter angehoben.

TOP 19 Haushaltssatzung 2019 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm 2019 bis 2022
Vorlage: BV/322/2018

Die Ratsvorsitzende bittet den Bürgermeister um seine Haushaltsrede. Bürgermeister Stratmann bittet zunächst den Kämmerer Karsten Vahl, die Eckdaten des Haushalts 2019 der Stadt Friesoythe zu präsentieren.

In seiner Präsentation geht der Kämmerer auf die Einnahmequellen und deren Anteile im Haushalt 2019 ein. Er zeigt auf, welche relevanten Ausgabepositionen veranschlagt sind und wie sich die Jahresergebnisse seit 2012 entwickelt haben. Herr Vahl erklärt, dass alle Ausgaben gedeckt sind ohne dass eine Neuverschuldung eingegangen werden muss. Laut Herrn Vahl sei dies wichtig, wenn man die Pro-Kopf-Verschuldung im Stadtgebiet Friesoythe betrachtet. Mit dem Stand 31.12.2017 beträgt die Verschuldung pro Kopf in Friesoythe 1.263,14 €, wenn man die WiBeF dazurechnet sogar 1.770,34 €. Städte in Niedersachsen mit der gleichen Größenordnung wie die Stadt Friesoythe haben eine durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 712,00 €. Somit liegt die Stadt Friesoythe mit 77 % über dem Landesdurchschnitt und bei Berücksichtigung der Schulden der WiBeF sogar mit 148 % über dem Landesdurchschnitt. Die Pro-Kopf-Verschuldung des Landkreises Cloppenburg beträgt 170,20 €.

Kämmerer Vahl stellt die wesentlichen Investitionen für das Jahr 2019 vor.

Als Fazit aus dem Haushaltsplan 2019 könne man positiv feststellen, so der Kämmerer weiter, dass aus dem Ergebnishaushalt ein Überschuss in Höhe von 1,10 Mio. € zur Verfügung stehe. Weiter stünden liquide Mittel zur Finanzierung der anstehenden Investitionen zur Verfügung, so dass in 2019 keine Neuverschuldung vorgesehen sei. Damit sei nicht nur die Vorgabe der Kommunalaufsicht erfüllt, es erfolge sogar eine leichte Entschuldung in Höhe von 19.200,00 €.

Bürgermeister Stratmann bedankt sich bei Herrn Vahl für die Ausführungen und schließt seine Haushaltsrede an.

Er ist froh darüber, dem Stadtrat schon das dritte Jahr in Folge gute Nachrichten verkünden zu können, was den Haushalt der Stadt Friesoythe und die Finanzsituation angeht.

Dieses positive Ergebnis des Haushaltsplanes 2019 gibt er in kurzen Anstrichen wieder:

- Die Stadt hat einen ausgeglichenen Haushalt 2019.
- Die Stadt muss aktuell keine Steuern anheben.
- Es müssen aktuell auch keine Sparrunden oder „Streichkonzerte“ eingeleitet werden.
- Die Vorgabe der Kommunalaufsicht wurde eingehalten.
- Es wird auch in 2019 ein leichter Schuldenabbau betrieben.

Nichtsdestotrotz, so der Bürgermeister weiter, müsse die Stadt Friesoythe für die bevorstehenden Krisen gewappnet sein.

Dies bedeutet konkret:

Eine Haupteinnahmequelle der Kommunen ist die Gewerbesteuer. Hier hatte die Stadt in 2012 den Zenit mit Einnahmen in Höhe von fast 10,70 Mio. € erreicht. Daran werden die Einnahmen in 2018 und in 2019 nicht herankommen und es ist davon auszugehen, dass dieser Trend nicht von Dauer ist. Er verweist in diesem Zusammenhang auf andere Kommunen, die bereits Rückgänge bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen haben und auf die Jahre 2013 und 2014, in der noch nicht mal die 7,00 Mio. € Grenze erreicht wurde.

Gemäß den Gewerbesteuermessbescheiden sei die Stadt Friesoythe hier gut aufgestellt.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Einnahmen aus einer Vielzahl von gewerblichem Engagement resultieren, da im Stadtgebiet Friesoythes erfolgreiche Unternehmen ansässig sind. Deshalb geht sein Dank ausdrücklich an die heimische Wirtschaft.

Des Weiteren lenkt er den Blick auf die Ausgabenseite, denn hier hat die Stadt ja in erster Linie Einflussmöglichkeiten.

Er erinnert an den Vortrag des Kämmerers Vahl, der aufzeigte, welche laufenden Ausgabenblöcke zu bewältigen seien.

Erstens geht es hier um die Kreisumlage, die mit ca. 10,00 Mio. € fast ein Viertel der Aufwendungen im Ergebnishaushalt ausmachen. Er verweist dementsprechend auf die Diskussionen, die es darum gegeben hat. Der Landkreis hat sich dem Druck der Kommunen gebeugt und die Prozentpunkte für die Umlagen auf 38 Prozentpunkte gesenkt. Dieses stelle aber, wie auch schon von Herrn Vahl dargestellt, keine Entlastung da. Denn 2019 beträgt die Kreisumlage 9,40 Mio. € und 2018 8,80 Mio. €, und das obwohl im Jahr 2018 die Kreisumlage bei einem höheren Prozentsatz lag.

Ebenso wie die Kreisumlage machen sich die Personalausgaben bemerkbar. Auch hierfür ist rund ein Viertel des Ergebnishaushaltes reserviert. Auffällig ist hier die Steigerung von 2018 zu 2019 mit 8,00%. Diese sind begründet durch tarifliche Zuwächse von ca. 3,00% sowie die neue Entgeltordnung mit Höhergruppierungen und einigen Neueinstellungen. Auch wenn die Gesamtaufwendungen von 9,60 Mio. € eine stolze Summe ausmachen, ist Herr Stratmann davon überzeugt, dass es sich hierbei um gut eingesetztes Geld handelt.

Bürgermeister Stratmann erinnert, dass in den vergangenen Monaten immer wieder der Zuschussbedarf der WiBeF GmbH ein Thema war. Er sei froh und dankbar, dass mit der Auflösung des Investorenvertrages ein guter Schritt, die Vorgabe der Kommunalaufsicht den Zuschussbedarf nicht über die 1,00 Mio. € Grenze zu übersteigen, eingehalten wurde. Er mahnt aber gleichzeitig an, dass wenn der Eindruck entstanden ist, die Stadt hätte mit dieser Maßnahme richtig „Luft“, dies nicht der Fall sei. Die Stadt liegt zwar 2019 unterhalb der vorgegebenen Grenze, Spielraum für „Träumereien“ wird die Stadt aber so gut wie keinen haben.

Neben den großen Brocken sind im Ergebnishaushalt aber auch kleinere Maßnahmen und Förderungen enthalten, die sich in der Summe zwar nicht so stark bemerkbar machen, für das Miteinander und das Leben in der Stadtgemeinde aber immens wichtig sind.

So wurde, auf Vorschlag der Verwaltung, die Förderungen für die Musikvereine und Chöre eingeführt. Hierbei handelt es sich um eine andere, gerechtere Förderung. Ähnliches sei auch für die Dorfgemeinschaften geplant.

Es wurden Wege eröffnet, dass partnerschaftliche Kontakte zu unseren polnischen Freunden aus Swiebodzin über das Engagement der Stadt hinaus gefördert werden.

Ein weiteres Beispiel ist die Anhebung der Sekretariatsstunden für die städtischen Schulen.

Persönlich ist es dem Bürgermeister sehr wichtig, dass im Ergebnishaushalt auch die Mittel bereitgestellt werden, die erforderlich sind, wenn die Stadt in 2019 noch mit weiteren KiTa-Gruppen an den Start gehen wird.

In der Summe werde beim Produkt „Tageseinrichtungen für Kinder“ 900.000,00 € mehr bereitgestellt, und das ist nicht nur den Umständen geschuldet, dass die Beitragsfreiheit für Kinder ab 3 Jahre für die Stadt ein „Zusatzgeschäft“ ist.

Spannend ist auch beim Haushalt 2019 der Blick in den Finanzhaushalt, denn dort wird sichtbar, wo sich die Stadt investiv betätigen wird.

Die neue städtische KiTa ist eingeplant, zumindest was die Finanzierung angeht. Bürgermeister Stratmann betont, dass in dieser Angelegenheit die Verwaltung ihre Hausaufgaben gemacht hat.

Konkret könne jetzt mit anderen Maßnahmen losgelegt werden. Wobei die Maßnahme „Umzug Ludgerischule“ dem Bürgermeister besonders am Herzen liegt. Die Schulleitung war nach der letzten Arbeitskreissitzung im Rathaus und bat dringend darum, das Vorhaben nicht wieder zu zerreden, sondern zügig zu starten.

Positiv sieht der Bürgermeister auch, dass die Stadt Friesoythe ihrer Verpflichtung als Straßenbaulastträger unvermindert nachkommen kann und wird. Somit konnten die Straßenunterhaltungsansätze leicht erhöht werden.

Von Ratsmitgliedern, aber auch aus der Bevölkerung wird die Verwaltung immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass man für bestimmte Zwecke öffentliche Mittel als Förderungen einwerben kann. Dieses wird von der Verwaltung aufmerksam beobachtet und sobald ein Programm auf den Markt kommt wird geprüft, ob und wo daraus ein Nutzen gezogen werden kann. Diesbezüglich musste leider mehrfach festgestellt werden, dass die Förderprogramme entweder nicht passen oder überzeichnet sind. Die Verwaltung scheut sich nicht davor, im Bedarfsfall bei der Förderstelle oder beim Ministerium anzufragen, ob ein Programm eventuell für Friesoythe in Frage kommt. War es vor 20 Jahren noch so, dass die Förderkriterien sehr wohlwollend ausgelegt wurden, müssen die Maßnahmen heute zu 100% den Richtlinien entsprechen, um gefördert zu werden. Dies wurde der Stadt zum Beispiel auch beim Förderprogramm „Landschaftswerte“ so mitgeteilt. Hier erhalten nur die Kommunen die volle Förderung in Höhe von 65 %, die auch eine Bedarfszuweisung erhalten. Hierzu gehört die Stadt Friesoythe nicht. Des Weiteren wird dieses Programm nur bei Renaturierungsprojekten angewendet, und diese stehen bei der Stadt Friesoythe nicht auf der Agenda. Nichts desto trotz bleibt die Verwaltung beim Thema Förderungen immer „am Ball“ und wird versuchen auch weiter Finanzhilfen zu generieren wo es möglich ist.

Insgesamt sind der Bürgermeister und seine Verwaltung mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2019 sehr zufrieden.

Der Haushalt ist ausgeglichen, die einzelnen Aufgabenfelder sind, wenn auch nicht gerade üppig, ausreichend mit Mitteln hinterlegt und die Verwaltung könnte somit ohne Einschränkung weiter arbeiten. Dazu bedarf es aber nicht nur der erforderlichen Finanzmittel und der verwaltungsseitigen Vorbereitung der Beschlüsse, sondern auch klarer und vor allem planbarer Entscheidungen der städtischen Gremien.

Bürgermeister Stratmann wünscht sich, dass alle Ratsfraktionen den Haushalt 2019 als Grundlage für die gemeinsame weitere Arbeit nehmen, um auf dieser Basis Friesoythe weiter nach vorne zu bringen.

Er bekräftigt deshalb auch an dieser Stelle sein Angebot, jederzeit mit allen im Rat vertretenden Fraktionen in den Dialog zu treten.

„Reden hilft“ ist keine abgedroschene Phrase, sondern ein gutes Motto zur Zusammenarbeit.

Herr Stratmann stellt klar, dass ihm eine ca. 80-köpfige Kernverwaltung mit Fachkompetenz zur Verfügung steht, die den Vergleich mit anderen Kommunen nicht zu scheuen braucht. Dies sieht er als großen Vorteil. Es wäre wünschenswert, wenn der Arbeit und der Expertise der Verwaltung im neuen Jahr wieder mehr Vertrauen entgegengebracht wird.

Denn vor jeder politischen Diskussion steht das ZDF. Dieses beinhaltet „Zahlen, Daten und Fakten“ und diese sind nicht „parteiabhängig“

Zum Schluss bedankt sich der Bürgermeister Stratmann bei allen Mitarbeitern der Stadt Friesoythe für das konsequente Umsetzen der Vorgaben in der Haushaltsplanung, beim hauptverantwortlichen des Haushaltes, Kämmerer Karsten Vahl, bei den Ratsmitgliedern der Stadt Friesoythe für die konstruktive Beratung des Haushaltes in den Fachausschüssen und im Verwaltungsausschuss und bei der Allgemeinen Vertreterin, Frau Erste Stadträtin Hamjediers, für ihr vorbildliches Engagement.

Er bedankt sich für das Zuhören und bittet die Ratsmitglieder, dem Haushalt 2019 zuzustimmen und übergibt das Wort an die Ratsvorsitzende Preuth.

Sodann bittet die Ratsvorsitzende die Fraktionen um ihre Beiträge zum Haushalt 2019.

Für die CDU/FDP-Fraktion trägt Ratsfrau Kerstin Bruns vor.

Sie erklärt, dass im Vergleich zum Haushaltsplan 2018 mit höheren Steuereinnahmen von ca. 1,70 Mio. € geplant werden kann. Weiterhin fallen die Schlüsselzuweisungen um ca. 500.000,00 € höher aus. Auf der Aufwandsseite ist insbesondere bei den Personalaufwendungen ein Anstieg zu verzeichnen, sodass der geplante Überschuss trotz der Mehrerträge um 400.000,00 € geringer ausfällt als im Vorjahr.

Dennoch kann ein geplanter Überschuss in Höhe von 1,10 Mio. € für das Jahr 2019 ausgewiesen werden.

Für die Aufstellung des Haushaltes und die umfangreiche Beratung bedankt sich Frau Bruns im Namen ihrer gesamten Fraktion bei der Verwaltung und insbesondere bei dem Kämmerer Karsten Vahl.

Im investiven Bereich habe man sich für das nächste Jahr wieder sehr viel vorgenommen. Über 10,00 Mio. € sollen investiert werden. Es ergibt sich ein Investitionssaldo von ca. 5,50 Mio. € unter Berücksichtigung von Einzahlungen in Höhe von ca. 5,10 Mio. €.

Als größte Maßnahmen sind hier insbesondere der Neubau einer Kindertagesstätte, der Anbau am Don Bosco Kindergarten, die Baumaßnahmen an Ludgeri- und Realschule, weitere Maßnahmen im Bereich der Stadtsanierung, sowie diverse kleinere Straßenausbauten zu nennen.

Sie weist darauf hin, dass es sich dabei aber noch nicht um alle Maßnahmen, die im nächsten Jahr anstehen, handelt. Auch im letzten Haushaltsjahr wurden bereits viele Maßnahmen geplant, die jedoch nicht vollständig durchgeführt bzw. abgeschlossen werden konnten. Nimmt man die Haushaltsreste aus Vorjahren und die Planansätze aus 2018, sollten in diesem Jahr ca. 15,50 Mio. € investiert werden. Tatsächlich zur Auszahlung gekommen sind bis zum jetzigen Zeitpunkt ca. 5,00 Mio. €, sodass wiederum mehr als 10,00 Mio. € aus den alten Haushaltsjahren nach 2019 übertragen werden.

Somit sollen in 2019 insgesamt 20,00 Mio. € investiert werden. In den Jahren 2015-2018 wurden jährlich jeweils zwischen 3,40 Mio € und 5,00 Mio € investiert.

Ratsfrau Bruns ist sich bewusst, dass für viele der Maßnahmen aus Vorjahren bereits Aufträge vergeben und Planungen vorgenommen wurden. Aber dennoch halte sie es für äußerst unwahrscheinlich, dass all die geplanten Maßnahmen tatsächlich in 2019 umgesetzt werden können.

Neben dem reinen Finanzvolumen, welches hier dargestellt wird, muss jede dieser Maßnahmen von den Mitarbeitern der Verwaltung geplant, vorbereitet und begleitet werden. Insbesondere im Hinblick auf Neubesetzungen von Stellen, Renteneintritte, Stellen die über einen längeren Zeitraum vakant sind und vor allem die Fülle dieser großen Maßnahme, kann sie sich nicht vorstellen, dass die Realisierung in dem hier vorgelegten Zeitplan erfolgen kann.

Sie erläutert, dass es bei der Realisierung von Aufgaben nicht nur um die dabei getätigten Auszahlungen geht. Analysiert man jedoch doppelte Haushalte und Jahresabschlüsse und stellt gewisse Zahlen in Relation, kann man dadurch doch sehr viel über die gesamtwirtschaftliche Lage einer

Kommune erfahren. Frau Bruns stellt in diesem Zusammenhang eine Kennzahl vor, die ihr beim vorläufigen Ergebnis 2017 aufgefallen ist.

Hierbei handelt es sich um die Reinvestitionsquote. Wie sich an dem Begriff bereits ableiten lässt, wird durch diese Kennzahl gemessen, inwieweit der Vermögensabgang – also durch Abschreibungen – durch neue Investitionen gedeckt wird. Es werden also die Abschreibungen ins Verhältnis gesetzt zu den Auszahlungen für Investitionen. Diese Kennzahl sollte immer einen Wert von mind. 100% haben, eigentlich sogar darüber liegen. Denn in der Regel erhöht sich das Vermögen einer Kommune stetig. Als Beispiel fügt sie Planung neuer Kindergärten und Schulen an. Diese werden nicht als Ersatz für abgehende Gebäude, sondern weil zusätzlicher Bedarf besteht, gebaut.

Aus dem vorläufigen Ergebnis 2017 ergibt sich eine Reinvestitionsquote von etwa 85%. Das bedeutet, die Stadt Friesoythe hat in 2017 mehr Vermögen abgebaut durch Abnutzung und Werteverzehr, als sie im Gegenzug dazu neu investiert hat. Diese Kennzahl dient insbesondere als Messzahl für die Generationengerechtigkeit. Bei Kommunen, bei denen die Reinvestitionsquote dauerhaft unter 100 % liegt, kann man zugespitzt sagen, es findet eine Entschuldung zu Lasten künftiger Generationen statt.

Bei der Stadt Friesoythe bricht diese Kennzahl auf den ersten Blick zum Glück nur in dem einen Jahr so drastisch aus. Jedoch kann das Aufschieben von Maßnahmen ins nächste – nächste – und übernächste Jahr nicht dauerhaft so weiterbetrieben werden.

Sie verweist auf ihre Haushaltsrede im Jahr 2017. Schon da habe sie darauf hingewiesen, dass nur durch ein funktionierendes Berichtswesen und Controlling eine Übersicht über diese Fülle von Aufgaben und eine Steuerung möglich sei. Um diesbezüglich einen ersten Schritt zu machen, würde sich die CDU/FDP-Fraktion wünschen, dass am Anfang nächsten Jahres eine interfraktionelle Sitzung stattfindet, in welcher gemeinsam mit der Verwaltung eine Priorisierung und Zeitplanung für die geplanten Investitionen vorgenommen wird.

Es schließt sich die Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Renate Geuter an.

Sie erklärt, dass sich die Gremien der Stadt und in den Fraktionen intensiv in den letzten Wochen mit den Einzelheiten des Haushaltsplanentwurfes 2019 beschäftigt haben. Daher nutze sie zu Beginn die Gelegenheit, sich bei der gesamten Verwaltung für die umfassenden immer wieder aktualisierten Informationen, die Beantwortung der Fragen und für die kompetente Begleitung der Beratungen zu bedanken, besonders beim Kämmerer Karsten Vahl.

Alle sind sehr erleichtert, dass der Haushalt, wieder einmal, ohne Nettoneuverschuldung beschlossen werden kann, die beabsichtigte Kreditaufnahme bleibt unterhalb der zu veranschlagenden Tilgungen.

Der Verzicht auf neue Kreditaufnahmen seit 2015 hat dazu geführt, dass sich die Haushaltssituation der Stadt Friesoythe zumindest etwas entspannt hat. Auch hier gilt ihr Dank allen, die sich auch bei der Haushaltsausführung immer sehr diszipliniert verhalten haben und beispielsweise über- und außerplanmäßigen Ausgaben auf die Fälle beschränkt haben, die tatsächlich im Sinne der gesetzlichen Vorschriften als unvorhergesehen und unabweisbar anzusehen sind. Nur damit ist es gelungen, zumindest im überschaubaren Umfang finanzielle Handlungsspielräume zu erarbeiten, wie am Beispiel der Entwicklung der Investitionen zu erkennen ist.

Trotzdem gibt es aber nicht nur gute Nachrichten. Sie stellt fest, dass die Pro-Kopf-Verschuldung mit ca. 1.200,00 € weiterhin einen Spitzenplatz bei der Verschuldung im Landkreis einnimmt, und das ohne die Schulden der WiBeF. Dementsprechend ist es unverzichtbar, dass auch weiterhin alle Ausgaben auf ihre Notwendigkeit hinterfragt werden. Dabei wird weiterhin mit dem Risiko gelebt werden müssen, dass die Steuereinnahmen sich nicht immer nur zum Positiven entwickeln und ein Anstieg der momentan einmalig niedrigen Zinsen zu zusätzlichen Ausgaben führt.

Gerade auch bei der Erfüllung der Pflichtaufgaben hat die Stadt Handlungsbedarf, das zeigt sich bei der Höhe der geplanten Investitionen. Somit ist klar, dass diese Pflichtaufgaben nicht nur im nächsten, sondern auch in den folgenden Jahren vorrangig zu finanzieren sind und wenig Raum lassen für andere Wünsche.

Das wird im Bereich der Bildung deutlich, wo nicht nur erhebliche Mittel für die Baumaßnahme Ludgerischule/Realschule vorgesehen sind, sondern auch für die Heinrich-von-Oytha Schule. Man sollte gemeinsam daran arbeiten, die Planungen im Bereich der Ludgerischule/Realschule sobald als möglich zum Abschluss zu bringen, damit man sich zeitnah auch mit dem Thema Grundschulstandort Altenoythe beschäftigen und ggf. auch schon bei einem eventuell aufzustellenden Nachtragshaushalt diese Maßnahme finanziell mit einbringen kann. Die Container an der Heinrich-von-Oytha-Schule zeigen, dass sobald als möglich neue Grundschulräume geschaffen werden müssen, damit die Oberschule über die jetzigen Räume der Gerbertschule verfügen kann.

Für unverzichtbar wird auch der Ansatz für die kommunale Kinderkrippe und den Kindergarten gehalten. Die Zahlen, die die Verwaltung im März dieses Jahres vorgelegt hat, sprechen eine deutliche Sprache und zeigen den dringenden Handlungsbedarf. Alle haben den Wunsch, dass gerade junge Familien Friesoythe als attraktive Stadt erleben und dazu gehört ein qualitativ und quantitativ gutes Kindergarten- und Krippenangebot. Ratsfrau Geuter betont, dass die SPD-Fraktion kein Verständnis für weitere Blockadeversuche hat sondern erwartet, dass auch die Mehrheitsfraktion hier endlich verantwortungsbewusst handelt und sich der Baumaßnahme nicht weiter mit durchsichtigen Argumentationen entgegenstellt.

Fraktionsvorsitzende Geuter fährt fort, dass ihre Fraktion den Ansatz für die Baumaßnahme Don-Bosco-Kindergarten unterstützt. Leider wird diese Maßnahme teurer als vorher geplant, sodass es sich hierbei für zwei neue Gruppen um ein sehr kostenintensives Projekt handelt.

Es kann sein, dass im Rahmen des Anmeldeverfahrens am Jahresanfang 2019 der Bedarf inzwischen deutlich höher ist als noch in 2018 prognostiziert. Sollte das so sein, wird man sich in den Gremien auch über weitere Angebote im Rahmen von Übergangslösungen unterhalten müssen, die notfalls auch im Rahmen eines Nachtragshaushaltes zu finanzieren sind.

Fortgesetzt werden auch die Maßnahmen der Stadtsanierung. Hier wurde festgestellt, dass die Entwicklung bei den Baupreisen und eine optimistische Kostenplanung bei der Antragstellung zu einer deutlichen Veränderung des ursprünglichen Kostenrahmens geführt haben. Angesichts der Haushaltslage werden bei den Maßnahmen immer wieder deutliche Anpassungen und Prioritätensetzungen vorgenommen werden müssen auch mit dem Ergebnis, dass vielleicht wünschenswerte aber nicht dringend benötigte Projekte zurzeit nicht durchgeführt werden. Wichtig ist, zunächst die baulichen Maßnahmen im verkehrlichen Bereich zum Abschluss zu bringen.

Eine weitere große Herausforderung sieht die Fraktionsvorsitzende bei dem Bau des letzten Teils der Entlastungsstraße, der auch eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, um nach Abschluss der Verkehrsausbaumaßnahmen tatsächlich eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum zu erreichen.

Ratsfrau Geuter erinnert an die intensiven Diskussionen darüber, wie wichtig es ist, in allen Ortsteilen der Stadt Friesoythe weitere Flächen für die wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung bereitzustellen. Es hat sich aber gezeigt, dass der neu eingeschlagene Weg, zunächst die Flächen zu erwerben um sie danach zu überplanen, und somit allen möglichen Spekulationen vorzubeugen, sich als richtig und zielführend erwiesen hat. Aus diesem Grunde ist auch der Titel für den Erwerb von Flächen weiter auf einem hohen Niveau zu halten.

Wichtig ist es auch, das Thema Substanzerhalt nicht aus den Augen zu verlieren, gerade in der flächenmäßig großen Stadt Friesoythe, stehen Rat und Verwaltung da vor immensen Herausforderungen. Aufgrund dessen unterstützt die SPD-Fraktion ausdrücklich den erhöhten Ansatz im Bereich der Straßenunterhaltungsmaßnahmen.

Unabhängig von der Erfüllung der Pflichtaufgaben wird es begrüßt, dass es gelungen ist, den Bereich der freiwilligen Leistungen zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im ganzen Stadtgebiet zu erhalten und weiterentwickeln. Dieses ehrenamtliche Engagement ist ein Markenzeichen unserer Stadt und macht sie besonders lebens- und liebenswert.

Große Sorge bereitet Frau Geuter weiterhin die Haushaltssituation der WiBeF GmbH, die in hohem Maße auf finanzielle Zuwendungen aus dem Stadthaushalt angewiesen ist. Zwar ist mit der Schließung des Saunabetriebes ein rechtswidriger Zustand beendet worden, aber die finanzielle Situation ist weiterhin alles andere als rosig. Es wird auch in diesem wie auch in den kommenden Jahren kaum bzw. nur mit großen Anstrengungen möglich sein, die vom Landkreis vorgegebenen finanziellen Rahmenbedingungen einzuhalten. Finanzielle Bedarfe, die in einem solchen Fall aus der Substanz bedient werden müssen, verstärken bekanntlich die Insolvenzgefahr mit Folgewirkungen, über die in den Gremien schon oft diskutiert wurden.

Nur, wenn zunächst die finanzielle und wirtschaftliche Situation der WibeF deutlich und nachhaltig verbessert wird, können haushaltmäßige Handlungsspielräume erarbeitet werden, die für die Verbesserung der Attraktivität des Allwetterbades benötigt wird.

Die Fraktionsvorsitzende weist darauf hin, dass bei der Verabschiedung des letzten Haushaltes die Höhe der Kreisumlage Gegenstand intensivster Diskussionen war, da zu erkennen war, dass die finanzielle Situation des Landkreises sich um Klassen besser darstellt als die einzelner Städte und Gemeinden. Laut ihrer Ansicht ist es daran zu erkennen, dass man auf Kreisebene sehr intensiv neu zu finanzierende Projekte auf den Weg bringt. Von daher ist positiv zu erwähnen, dass der vielfältige öffentliche Druck gewirkt und zu einer Absenkung der Berechnungsgrundlage der Kreisumlage geführt hat. Interessiert verfolgt wird zurzeit auch die Diskussion auf Kreisebene, die zu einer weiteren Absenkung der Kreisumlagepunkte führen kann, soweit es der Kreistag auch beschließt.

Der Personalhaushalt hat weiterhin einen großen Anteil am Gesamthaushalt. Es wurde gemeinsam festgestellt, wie wichtig eine gut aufgestellte Verwaltung ist, um Aufgaben und Projekte auf den Weg zu bringen und durchzuführen. Der Fachkräftemangel ist auch im Bereich der Verwaltung, im Bereich der Kinderbetreuung deutlich erkennbar, nur mit vernünftigen Rahmenbedingungen werden wir auch zukünftig ein attraktiver Arbeitgeber bleiben können.

Schlussendlich kommt Frau Geuter zum folgenden Fazit, dass man angesichts der Rahmenbedingungen einen ausgewogenen Haushalt vorgelegt bekommen hat, den die SPD-Fraktion so zustimmen kann.

Ratsherr Baran begrüßt, die in der Rede von Ratsfrau Bruns vorgeschlagene Interfraktionelle Sitzung. Seines Erachtens sollte man sich diesbezüglich aber mehrmals jährlich treffen, ob dafür aber der gesamte Stadtrat anwesend sein muss oder ob dieses dann im kleinen Kreis bzw. in einem Ausschuss beraten werden soll, ist ihm fraglich.

Er erinnert daran, dass das ja genau die Idee ist, die die SPD-Fraktion und die Verwaltung vor zwei Jahren mit einem Haushaltsausschuss vorgetragen hatte. In dem Haushaltsausschuss als zusätzliches Organ könnte dann Abstimmungsarbeit geleistet werden, wo und in welcher Höhe Investitionen getätigt werden. Des Weiteren könnte dieser Ausschuss als Vermittlungsstelle dienen, in der die einzelnen Standpunkte abgewogen werden können.

Ratsherr Krone stellt klar, dass die CDU/FDP-Fraktion keinen neuen Ausschuss bilden möchte, sondern lediglich gemeinsam mit der SPD-Fraktion am Anfang des Jahres über den Haushalt beraten möchte.

Frau Erste Stadträtin Hamjediers geht auf die Rede von Ratsfrau Bruns ein. Zum einen geht es um die Kritik, dass in dem Haushalt Maßnahmen geplant werden die aber nicht umgesetzt werden und um die Haushaltsreste die in das neue Haushaltsjahr übertragen werden. Frau Hamjediers erklärt, dass sie mit dieser Situation auch nicht zufrieden ist und dass es dafür verschiedene Ursachen gibt. Sie, genauso wie Kämmerer Vahl, sind sich darüber bewusst und das Ziel in den nächsten Jahren sollte sein, diesem Kritikpunkt entgegenzuwirken.

Zum anderen geht es um die von Frau Bruns angesprochene Reinvestitionsquote. Erste Stadträtin Hamjediers erinnert an die Vorgaben der Kommunalaufsicht und den damit verbundenen Schuldenabbau. Die Reinvestitionsquote könne nur erfüllt werden durch die Aufnahme von Krediten und somit durch weitere Schulden. Gerade im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit wäre es fraglich, ob neue Schulden der Gerechtigkeit der neuen Generation entsprechen. Diesbezüglich be-

fürwortet Frau Hamjediers die Einführung von Controlling und begrüßt Ideen und Vorschläge von den Ratsmitgliedern der Stadt Friesoythe.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Aufgrund des § 112 NKomVG wird die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Friesoythe für das Haushaltsjahr 2019 erlassen. Das dem Haushaltsplan für das Jahr 2019 beigefügte Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2019 bis 2022 wird hiermit festgesetzt.

TOP 20 Bericht der Vertreter der Stadt aus den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungsgesellschaften, aus Verbänden und Organisationen

Aus dem IIK berichtet der Bürgermeister. Man müsse einen neuen Hafenumschlagsbagger anschaffen. In der letzten Verbandsversammlung wurde über eine neue Verbandsordnung beraten. Übergangsweise, bis in Kraft treten der neuen Verbandordnung, übernimmt der Bürgermeister der Gemeinde Saterland, Herr Thomas Otto, die Verbandgeschäftsführung und Herr Bürgermeister Sven Stratmann die Stellvertretung. Nach in Kraft treten der neuen Verbandordnung wird die Verbandgeschäftsführung an den Geschäftsführer des Zweckverbandes Interkommunaler Industriepark Küstenkanal (IIK) Herrn Arno Djuren übertragen.

Ratsherr Böhmann hat an der 80. Landschaftsversammlung der Oldenburgischen Landschaft teilgenommen. Die Landschaftsmedaille wurde an Herrn Dr. Hans-Josef Meemken, ehemaliger Vorsitzender der AG der Vertriebenen, vergeben. Des Weiteren wurden zwei Förderpreise vergeben. Im nichtöffentlichen Teil der Landschaftsversammlung wurden der Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2018 und der Haushaltsplan für das Jahr 2019 beschlossen.

Ratsherr Wichmann fragt nach dem aktuellen Sachstand im Bereich der Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Cloppenburg.

Erste Stadträtin Hamjediers erklärt, dass in der Gesellschaft einige Punkte angesprochen wurden und diese in geraumer Zeit bekanntgegeben werden. Hierzu bedürfe es der Zustimmung des Rates.

Ratsherr Wichmann fragt daraufhin, ob die Folgeregelung schon umgesetzt wurde. Er habe der örtlichen Presse entnommen, dass im Landkreis Cloppenburg durch die Wohnungsbaugesellschaft 60 neue Wohnungen gebaut werden, davon eine neue Wohnung in Friesoythe. Er fragt, ob es daran liegt, dass die Stadt Friesoythe längere Zeit in den Gremien nicht vertreten war.

Bürgermeister Stratmann erklärt, dass die Bebauung in dem Gremium angesprochen wurde. Es besteht eine feste Reihenfolge. Außerdem wurde in Friesoythe investiert. Hierbei handelt es sich um Instandhaltungsmaßnahmen. Insbesondere an der Thüler Straße und In den Meeschen. Ihm wurde vom Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Herrn Rolfes versichert, dass die Stadt Friesoythe bei den nächsten Baumaßnahmen berücksichtigt wird. Des Weiteren erklärt Bürgermeister Stratmann, dass es keine Situation gab, in der die Stadt Friesoythe längere Zeit nicht vertreten war.

Ratsherr Krone bestätigt die Aussagen des Herrn Bürgermeister Stratmann.

Bürgermeister Stratmann weist daraufhin, dass der Wohnungsbaugesellschaft, wenn möglich, Flächen zum Kauf angeboten werden sollten.

TOP 21 Anfragen und Hinweise der Einwohner

Bürgerin Mira Brand von der Kindertagesstätte „Ein Weidenkörbchen für Kinder“ wünscht sich die Aufnahme der Kindertagesstätte in eine feste Trägervereinbarung mit der Stadt Friesoythe und das die Kindertagesstätte in die Bedarfsplanung mit einbezogen wird.

Bürger Paul Kock senior beklagt die Informationen in der lokalen Presse zu der Stadtratssitzung. Laut der Nordwest-Zeitung beginnt die Ratssitzung um 18:00 und nicht, wie eingeladen, um 17:00 Uhr. Er fragt nach dem Beschluss zu TOP 10, der vor 18:00 Uhr, in seiner Abwesenheit, beraten wurde. Nach dem Kenntnisstand zur Nichtbefassung erläutert Herr Kock senior seinen persönlichen hohen Stellenwert der Burgwiese. In diesem Zusammenhang appelliert er an die Mehrheitsfraktion, von der Burgwiese Abstand zu nehmen. Laut Paul Kock senior solle alles so bleiben wie es ist.

Bürger Matthias Waldow beklagt sich ebenfalls bezüglich der Zeitangabe in der Nordwest-Zeitung. Er erinnert an die jeden Dienstag um 09:30 Uhr stattfindende Baubesprechung Stadtsanierung. An dieser Besprechung nehmen die Straßensprecher, die Baufirmen und Herr Aloys Dasenbrock vom Bereich 3/65 – Tiefbau und Bautechnik - der Stadt Friesoythe teil. Interessierte Bürger können gerne an der Baubesprechung teilnehmen und nach dem aktuellen Stand der Stadtsanierung fragen.

TOP 22 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Ratsherr Wichmann hat festgestellt, dass der Clauener Weg zur Spielstraße deklariert wurde, diese aber insbesondere aufgrund der Stadtsanierung als Durchfahrtsstraße benutzt wird. Er weist daraufhin, dass gerade im Hinblick auf die Ludgeri-Schule der Bereich Clauener Weg/ Großer Kamp West/ Sedelsberger Straße sehr unübersichtlich ist. Dementsprechend fragt er, ob in der Verwaltung dieses schon thematisiert wurde, zwecks Tempobegrenzung oder Ähnliches.

Bürgermeister Stratmann erklärt, dass es sich hierbei um zwei unterschiedliche Themen handelt. Zu einem Thema möchte sich Herr Stratmann im nicht-öffentlichen Teil äußern. Von Seiten der Verwaltung wurde der Standort in der Kurve überprüft, ob hier eine Übergangs-Kindertagesstätte eingerichtet werden könnte. Damals war eine 30 km/h-Begrenzung im Kleinbereich nicht möglich, weil es sich hierbei um eine höher qualifizierte Straße handelt und sich an der Sedelsberger Straße keine soziale Einrichtung befindet.

Ratsfrau Diekhaus fragt nach dem Sachstand der Planungen für den Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Soestenplatz.

Erste Stadträtin Hamjediers erwidert, dass sie die Planungen erst mit den Fraktionsspitzen besprechen möchte.

Ratsherr Baumdick fragt nach, wie der Stand beim Neubau einer Grundschule in Altenoythe ist.

Bürgermeister Stratmann erläutert, dass eine Reihenfolge festgelegt wurde, aus der hervorgeht, wo der Bedarf am Höchsten ist. Demnach hat der Standort Ludgeri-Schule oberste Priorität, als zweites die Kindergarten-Situation im Stadtzentrum und dann oder parallel zu den anderen Maßnahmen kann mit der Planung für den Neubau der Grundschule Altenoythe begonnen werden.

Ratsherr Baumdick wünscht sich, dass Schritte unternommen werden, um bei dem Volkstrauertag mehr Bürger einzubinden. Er weiß, dass mit den politischen Jugendorganisationen Gesprächen deswegen geführt wurden, bedauert aber, dass diese gescheitert sind.

Erste Stadträtin Hamjediers äußert sich zu dieser Frage in ihrer Position als Vorsitzende des Ortsverbandes Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge. Sie möchte mit dem Jugendpfleger Wekenborg Rückschau halten. Dazu sollen dann der Ortsvorsteher und interessierte Bürger eingeladen werden, um zu erörtern, wie man junge Mitbürger ansprechen kann.

Ratsherr Baumdick ist aufgefallen, dass die geltende Geschäftsordnung des Rates dem Mitteilungsbedürfnis der Bürger nicht gerecht wird. Hierbei verweist er auf die Ausführungen des Herrn Paul Kock senior. Er befürworte weiterhin die Einführung eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes „Bürgeranfragen“ zu Beginn einer öffentlichen Sitzung.

Die Ratsvorsitzende Marlies Preuth schließt die Sitzung um 19:42 Uhr.

Sven Stratmann
Bürgermeister

Marlies Preuth
Ratsvorsitzende

Frank Averbeck
Protokollführer